



2009/50 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2009/50/pulverdampf-statt-weihrauch>

Drohender Bürgerkrieg im Jemen

Pulverdampf statt Weihrauch

Von **Oliver M. Piecha**

Regierungstruppen und saudisches Militär kämpfen gegen schiitische Aufständische im Jemen. Dem Land drohen Bürgerkrieg und Zerfall.

»Arabia Felix«, glückliches Arabien – in Reiseführern und Katalogen wurde immer gerne angeführt, dies sei die antike Bezeichnung des Jemen gewesen, wegen seiner grünen Berge und dem Reichtum, den die Weihrauchkarawanen einbrachten. Die Berge sind zwar immer noch grün, aber das Wasser geht ebenso unerbittlich zur Neige wie das bisschen Erdöl, von dem der Jemen, der ärmste Staat des Nahen Ostens mit einer der höchsten Geburtenraten der Welt, wohl nur noch wenige Jahre leben kann. Wenn es dann die Republik Jemen überhaupt noch gibt. Denn der Jemen, bis zu den ersten Anschlägen von al-Qaida – im Jahr 2000 hinterließ der Sprengstoffangriff auf einen US-amerikanischen Zerstörer im Hafen von Aden 17 Tote – höchstens bekannt als Kulisse für pittoreske Touristenentführungen durch höfliche Bergkrieger mit martialisch aussehenden Krummdolchen, steht vor einem Desaster, politisch, ökonomisch und humanitär. Im Norden, rund um die Stadt Saada und an der Grenze zu Saudi-Arabien, brodeln seit 2004 die Rebellion der nach ihrem Gründer benannten Houthis, einer Gruppierung der Zaiditen, einer Minderheit unter den Schiiten, die sich auf den fünften Imam Zaid ibn Ali beruft.

Für den Aufstand gegen die Zentralregierung gibt es wohl mehrere Gründe. Was die Houthis tatsächlich wollen, das ist wie so vieles in den verworrenen Verhältnissen des Jemen unklar. Sie machen die Vernachlässigung des Nordens geltend und die Dominanz der Sunniten aus dem Zentraljemen. Die Erinnerung an das Imamatum, durch das der Jemen bis zum Bürgerkrieg in den sechziger Jahren und der Errichtung der Republik von den Zaiditen beherrscht wurde, spielt wohl auch eine Rolle. Antiamerikanische und antiisraelische Ressentiments und Protest gegen die prowestliche Politik des Präsidenten Ali Abdullah Saleh scheinen vor allem am Anfang von Bedeutung gewesen zu sein.

Seit 2004 gibt es von Verhandlungen und Amnestien unterbrochene Kämpfe, der Konflikt flammte allerdings in diesem Jahr wieder heftig auf. Der Umfang der im August von der jemenitischen Armee gegen die Houthis gestarteten Operation, die den bezeichnenden Titel »Verbrannte Erde« trägt, ist zwar schwer abzuschätzen, aber spätestens seit im November die Saudis nicht nur mit ihrer Luftwaffe, sondern auch mit Bodentruppen in die Kämpfe eingegriffen haben, hat der Konflikt eine neue Qualität gewonnen. Meldungen im November sprachen zudem

vom Einsatz jordanischer Kommandoeinheiten gegen die Houthis, die ihrerseits in den unübersichtlichen Grenzgebieten saudische Posten angegriffen hatten.

Der Wahrheitsgehalt der gegenseitigen Anschuldigungen wie der jeweiligen Erfolgsmeldungen ist unüberprüfbar. Die Houthis sollen Kindersoldaten rekrutieren, so der Vorwurf eines lokalen Repräsentanten der Unicef, und nun verstärkt auch Somalis anwerben. Die saudische Luftwaffe wiederum, so geben die Houthis an, werfe Phosphorbomben auf jemenitische Dörfer. Von Massakern an Flüchtlingen ist die Rede, von Hunderten toten Zivilisten. Erbeutete Waffen amerikanischer Provenienz aus saudischen Beständen werden vorgeführt, saudische Panzer sollen auch im Einsatz sein, Bergzüge werden angeblich erobert und zurückerobert. Dass die Houthis mit ihren Kenntnissen der Region verstärkt zu Guerillataktiken übergehen, scheint glaubhaft.

Yahya Badredin al-Houthi, Bruder des Gründers der Bewegung und ehemaliger jemenitischer Parlamentarier, der seit 2005 im Asyl in Deutschland lebt, sprach im November in einem Interview mit der taz seine Befürchtung aus, der Jemen sei auf bestem Wege, zugleich zu einem neuen Somalia und einem neuen Afghanistan zu werden. Das Land falle auseinander. Teile der Armee sympathisieren vermutlich mit den Houthis, während die Regierung rivalisierende Stammeskrieger gegen sie ins Feld führt, was zu einer weiteren Fraktionierung im Land und einer Ausweitung der Kämpfe führen dürfte. Dabei scheint auch nicht mehr so klar, wen die Zentralregierung in Sanaa unter Präsident Sahleh, der die Republik nun schon seit 31 Jahren regiert, überhaupt noch repräsentiert.

Den wahhabitischen Saudis steht der Iran als mutmaßlicher Unterstützer der Houthis gegenüber, der Konflikt im Norden des Jemen ist auch eine Art von Stellvertreterkrieg. Die dazugehörige Propagandaschlacht um den Einfluss der Islamischen Republik Iran, die sich selbst mehr und mehr als dominante Regionalmacht versteht, auf die arabischen Staaten läuft auf vollen Touren. Der arabischsprachige iranische Fernsehkanal al-Alam wird von saudischen und ägyptischen Satelliten nicht mehr übertragen, arabische Zeitungen schreiben gerne über Kämpfer der Houthi, die sich angeblich als Frauen oder Tiere verkleideten, oder melden, der Iran habe die Hamas aufgefordert, sich an dem Konflikt zu beteiligen.

Für die Verstrickung des Iran in den Konflikt spricht viel. Ivan Lewis, im britischen Außenministerium zuständig für den Nahen Osten, meint, dass der Iran »zweifellos« den Aufstand unterstütze, wenn man auch kein direktes Eingreifen nachweisen könne. Die eritreische Opposition berichtet, Eritrea sei Durchgangsland für iranische Waffenlieferungen, auch ein Ausbildungslager der iranischen Pasdaran soll es dort geben.

Der Konflikt im Norden ist eine humanitäre Katastrophe. Nach Schätzungen von Unicef gibt es im Jemen mittlerweile 175 000 Binnenflüchtlinge, die wenigen Auffanglager sind überfüllt, die ersten Hungertoten unter den Kindern wurden gemeldet.

Überdies gibt es noch einen weiteren Konflikt. Die »Wiedervereinigung« von Nord- und Südjemen 1990 brachte kein harmonisches Miteinander. 1994 führte ein bewaffneter Sezessionsversuch des Südens zu einer militärischen Eroberung der südjemenitischen Metropole Aden durch Truppen des Nordens. Die Sezessionisten beklagen Vernachlässigung und Bevormundung durch die Regierung in Sanaa, zumal das Erdöl, von dem die Regierung lebt, im Süden gefördert wird. Seit diesem Sommer häufen sich wieder die Demonstrationen für eine Unabhängigkeit des Südens, es gab dabei auch Tote und erste Racheakte an nordjemenitischen Soldaten.

Es werden Straßensperren errichtet und Reisende ermordet. Am 30. November waren es Kämpfer aus dem Norden, die die Hauptstraße zwischen Sanaa und Aden sperrten, um sich für

die Ermordung von Stammesmitgliedern zu rächen. Die Hauptstraße nach Marib im Nordosten des Landes war wiederum Anfang November blockiert. Die Regierung hatte ein iranisches Schiff voller Waffen beschlagnahmt, einflussreiche Waffenhändler wollten die Ladung ausgehändigt haben. Dabei ist der Jemen mit wohl mehr als doppelt so vielen Handfeuerwaffen wie Einwohnern in diesem Bereich sowieso bereits weltweit führend. Kleinwaffen und auch Raketenwerfer sind fast überall frei erhältlich.

Auch al-Qaida scheint von dem Chaos profitieren zu wollen, es gibt seriöse Hinweise auf Lager der Terrororganisation in den Wüsten des Südens. Die wichtigste Sorge des Präsidenten ist indessen, seinem Sohn das Amt zu vererben. Der Jemen droht zu einem failed state zu werden. Eine hilflose und unfähige Regierung, Armut, schwindende Ressourcen und bewaffnete Konflikte – glücklich sind in »Arabia Felix« derzeit wohl nur Waffenhändler und Terroristen.